



Sitzung vom
22. Juni 2021

Mitgeteilt den
25. Juni 2021

Protokoll Nr.
564/2021

Auftrag Koch

betreffend Immobilienstrategie des Kantons Graubünden

Antwort der Regierung

Anlässlich der Oktobersession 2020 orientierte die Regierung den Grossen Rat im Rahmen der Fragestunde über die weiteren nach dem Bezug von "sinergia 1" beabsichtigten Schritte am Standort Chur (Fragen Holzinger-Loretz betreffend Immobilienstrategie des Kantons Graubünden, GRP 2/2020/2021, S. 435). Sie erklärte dabei gegenüber dem Parlament, die ihm bereits in früheren Botschaften (vgl. Heft Nr. 6/2009-2010 und Heft Nr. 5/2011-2012) unterbreitete kantonale Immobilienstrategie bis zur vollständigen Umsetzung plangemäss weiterzuverfolgen und die zweite Etappe von "sinergia" realisieren zu wollen. Der Stand der Immobilienstrategie und das weitere Vorgehen würden dem Grossen Rat im folgenden Jahr in Form eines Berichts dargelegt.

In der Fragestunde der Dezembersession 2020 führte die Regierung zur Frage Michael betreffend Einfluss der Immobilienstrategie auf die Justizreform (GRP 3/2020/2021, S. 681) aus, dass nach Genehmigung und Vollendung der zweiten Etappe von "sinergia" sowie einem rund zweijährigen Umbau des freiwerdenden Staatsgebäudes bei einem optimalen Projektverlauf das neue Gerichtsgebäude einem Obergericht ab dem Jahr 2030 zur Verfügung stände. Sofern von dieser strategischen Planung abgewichen werden sollte, müssten unter Beachtung des verfassungsmässigen Selbstverwaltungsrechts der kantonalen Gerichte anderweitige Lösungen gefunden werden.

Die Kommission für Justiz und Sicherheit (KJS) reichte hierauf in der Dezembersession 2020 einen vom Parlament mittlerweile überwiesenen Auftrag an die Regierung ein, die Zusammenlegung der oberen kantonalen Gerichte an einem gemeinsamen Gerichtssitz und unabhängig von der kantonalen Immobilienstrategie zu priorisieren und Optionen aufzuzeigen, wie das Staatsgebäude pünktlich zur Verfügung gestellt werden könne (GRP 3/2020/2021, S. 570).

Die Regierung anerkannte in ihrer Antwort den Wunsch des Grossen Rates nach einer möglichst priorisierten Bereitstellung des Staatsgebäudes zugunsten der Justiz

und stellte im für die Oktobersession 2021 angekündigten Immobilienbericht Variantenanschläge in Aussicht, welche in Abweichung der bisherigen Immobilienstrategie einen vorzeitigen Auszug des Tiefbauamtes (TBA) vorsehen. Ein Bezug des Staatsgebäudes durch ein Obergericht sei aufgrund verschiedener Abhängigkeiten jedoch auch in diesem Fall frühestens ab Mitte 2025 möglich.

Als Folge dieses politischen Entscheides wurde von der Regierung zur Wahrung sämtlicher Handlungsoptionen des Kantons der Verkaufsprozess für die unmittelbar neben dem Staatsgebäude gelegene Villa Brügger gestoppt und der Investorenwettbewerb für das kantonseigene Areal Loë, welches aktuell noch von der kantonalen Verwaltung genutzt werden kann, vorerst sistiert.

Zu den Punkten 1, 2, 3 und 4: Mit Beschluss vom 14. Januar 2020 (Prot. Nr. 17/2020) hatte die Regierung das Hochbauamt mit der Erarbeitung einer Botschaft zum aktuellen Stand und Ausblick auf die weitere Umsetzung der Immobilienstrategie des Kantons beauftragt. Der dem Grossen Rat aufgrund der Vorgaben der Grossratsgesetzgebung zur Kenntnisnahme unterbreitete Bericht wird dem Parlament unter anderem einen Überblick über die ursprünglichen Absichten und tatsächlichen Veränderungen des Immobilienportfolios am Standort Chur sowie dessen Wertentwicklung verschaffen. Zudem werden darin Handlungsoptionen für einen Ersatzstandort des TBA und deren Auswirkungen auf das Immobilienportfolio als Folge des vorgezogenen Bezugs des Staatsgebäudes durch ein Obergericht aufgezeigt. Der Grosse Rat kann demnach bereits in der Oktobersession 2021 nebst anderen Themen auch die sich den Unterzeichnenden stellenden Fragen in Kenntnis des aktuellen Standes der Immobilienstrategie des Kantons beraten und bei Bedarf in einer eigenen Erklärung Stellung nehmen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag betreffend die Punkte 1 bis 4 wie folgt abzuändern: Die Regierung wird aufgefordert, im angekündigten Immobilienbericht einen Überblick über die ursprünglichen Absichten und tatsächlichen Veränderungen des Immobilienportfolios am Standort Chur und dessen Wertentwicklung zu geben sowie die Handlungsoptionen und Auswirkungen auf das Immobilienportfolio als Folge des vorgezogenen Bezugs des Staatsgebäudes durch ein Obergericht aufzuzeigen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Auftrag Koch betreffend Immobilienstrategie des Kantons Graubünden

Mit Medienmitteilung vom 8. März 2021 hat die Regierung mitgeteilt, dass der Beschluss gefasst wurde, einen laufenden Investorenwettbewerb betreffend das Areal Loëstrasse sowie den Verkaufsprozess für die neben dem Staatsgebäude liegende Villa Brügger einstweilen zu sistieren. Über das weitere Vorgehen bezüglich dieser Immobilien wird die Regierung befinden, wenn die entsprechenden politischen Entscheide vorliegen. Dieser kurzfristig erfolgte Entscheid hat grosse Konsequenzen. Zum einen wird ein abgeschlossener Projektwettbewerb gestoppt, zum anderen wird der Wille des Parlamentes und des Volkes aus dem Jahr 2012 nicht umgesetzt. Das kurzfristige Stoppen eines Investorenwettbewerbs, nachdem hohe Aufwendungen seitens der Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch des Kantons selbst notwendig waren, führt zu vielen offenen Fragen. Aber auch die Abkehr von der Abstimmungsbotschaft zu «sinergia 1» sowie der Botschaft Heft Nr. 5 2011-2012 – zum gleichem Projekt – lässt viele offene Fragen und grosse Rechtsunsicherheit zurück. Durch den errechneten Erlös gemäss Botschaft an den Grossen Rat betragen die Nettoinvestition in «sinergia 1» 49 Millionen Franken. Durch die nun gefällten Entscheide der Regierung würden diese Nettoinvestitionen um ca. 14,8 Millionen Franken erhöht. Aber auch Versprechungen an die Stadt Chur (siehe Botschaft Seite 4 – «Durch die bessere Nutzung dieser Wohn- und Büroräume wird die Churer Innenstadt merklich aufgewertet») werden nicht eingehalten.

Die Unterzeichnenden sind sich bewusst, dass auch Strategien überdenkt und angepasst werden dürfen. Es kann aufgrund der aktuellen Ausgangslage z. B. durchaus sinnvoll sein, die Villa Brügger im Eigentum des Kantons zu behalten. Ein Vollstopp, wie dieser hier durchgeführt wurde, scheint fragwürdig, allenfalls sogar juristisch problematisch.

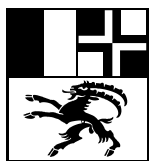
Aufgrund dieser Ausgangslage ist es zwingend notwendig, dass der von der Regierung versprochene Immobilienbericht zeitnah erscheint und spätestens wie angekündigt im Oktober 2021 im Parlament diskutiert wird. Der Bericht soll dabei als «Bericht mit konkretem Beschlussentwurf» vorgelegt werden, damit das Parlament die notwendige Detailberatung durchführen kann.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb die Regierung auf:

1. Den Immobilienbericht des Kantons Graubünden als Bericht mit konkretem Beschlussentwurf vorzulegen.
2. Im Immobilienbericht entsprechend Varianten aufzuzeigen, wie die entsprechenden Beschlüsse des Grossen Rates sowie des Volkes aus dem Jahr 2012 eingehalten werden können.
3. Eine Variante aufzuzeigen, wie die «Villa Brügger» im Besitz des Kantons bleibt, die übrigen Liegenschaften gemäss Botschaft Heft Nr. 5 2011-2012 dennoch dem Markt zugeführt werden.
4. Aufzuzeigen, welche Auswirkungen eine allfällige Anpassung der Beschlüsse aus dem Jahr 2012 hat und welche finanziellen Auswirkungen dies mit sich bringt.

Davos, 21. April 2021

Koch, Hohl, Giacomelli, Aebli, Berweger, Brandenburger, Casty, Censi, Della Cà, Dürler, Ellemunter, Engler, Favre Accola, Felix, Gort, Grass, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Hug, Kunz (Chur), Kunz (Fläsch), Loi, Michael (Donat), Mittner, Natter, Rüegg, Salis, Schutz, Stiffler, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Weber, Weidmann, Wellig, Adank-Arioli, Heini, Renkel



Sesida dals

22 da zercladur 2021

Communitgà ils

25 da zercladur 2021

Protocol nr.

564/2021

Incumbensa Koch

concernent la strategia d'immobiglias dal chantun Grischun

Resposta da la Regenza

A chaschun da la sessiun d'october 2020 ha la Regenza orientà il Cussegl grond – en il rom da l'ura da dumondas – davart ils proxims pass intenziunads a Cuira suenter la retratga da "sinergia 1" (dumondas Holzinger-Loretz concernent la strategia d'immobiglias dal chantun Grischun, PCG 2/2020/2021, p. 435). En quest connex ha ella declerà al parlament ch'ella cuntinueschia cun la strategia chantunala d'immobiglias ch'ella aveva suttamess al Cussegl grond gia en anteriuras missivas (cf. carnet nr. 6/2009-2010 e carnet nr. 5/2011-2012), fin che la strategia saja realisada cumplettamain e ch'ella veglia realisar la segunda etappa da "sinergia". Il stadi da la strategia d'immobiglias e l'ulteriur proceder vegnian preschentads al Cussegl grond l'onn proxim en furma d'in rapport.

Durant l'ura da dumondas da la sessiun da december 2020 ha la Regenza explitgà en connex cun la dumonda Michael concernent l'influenza da la strategia d'immobiglias sin la refurma da las dretgiras (PCG 3/2020/2021, p. 681) che l'emprim stoppia vegnir approvada e terminada la segunda etappa da "sinergia". Alura vegnia renovà l'edifizi chantunal liber. En cas d'in andament optimal dal project stettia alura a disposiziun il nov edificium da dretgira a partir da l'onn 2030 per ina Dretgira superiura. Sch'i vegnia divergià da questa planisaziun strategica, stoppian vegnir chattadas autras soluziuns, resguardond il dretg d'autonomia da las dretgiras chantunalas, ch'è francà en la constituziun.

La Cumissiun per giustia e segirezza (CGS) ha silsuent inoltà en la sessiun da december 2020 ina incumbensa a la Regenza, ch'è en il fratemp vegnida acceptada dal parlament, da priorisar la fusiun da las dretgiras chantunalas superiuras en ina sedia giudiziala cuminaivla independentamain da la strategia chantunala d'immobiglias sco er da mussar opziuns, co che l'edifizi chantunal possia vegnir mess a disposiziun a temp (PCG 3/2020/2021, p. 570).

En sia resposta ha la Regenza renconuschì il giavisch dal Cussegl grond da metter a disposiziun l'edifizi chantunal a la giustia, e quai en moda uschè priorisada sco pus-

saivel. Ultra da quai ha ella empermess da preschentar en il rapport davart las immobiglias, ch'è vegnì annunzià per la sessiun d'october 2021, propostas da variantes che prevesan – en divergenza da la strategia d'immobiglias vertenta – ina midada anticipada da l'Uffizi da construcziun bassa (UCB). Ch'ina Dretgira superiura retira l'edifizi chantunal saja er en quest cas – pervia da differentas dependenzas – dentant pussaivel il pli baud a partir da la mesadad da l'onn 2025.

Per mantegnair tut las opziuns d'agir dal chantun ha la Regenza – sco conseguenza da questa decisiun politica – franà il process da vendita per la Villa Brügger che sa chatta directamain sper l'edifizi chantunal e sistì ad interim la concorrenza d'investiders per l'areal chantunal Loë che po actualmain anc vegnir duvrà da l'administraziun chantunala.

Tar ils puncts 1, 2, 3 e 4: Cun il conclus dals 14 da schaner 2020 (prot. nr. 17/2020) aveva la Regenza incumbensà l'Uffizi da construcziun auta d'elavurar ina missiva davart il stadi actual ed ina perspectiva per l'ulteriura realisaziun da la strategia chantunala d'immobiglias. Il rapport che vegn suttamess al Cussegl grond per laschar prender enconuschientscha – sin fundament da las prescripziuns da la legislaziun davart il Cussegl grond – vegn a dar al parlament tranter auter ina survista davart las intenziuns oriundas e davart las midadas effectivas dal portfolio d'immobiglias a Cuira sco er davart l'ulteriur svilup. Plinavant vegn quel a cuntegnair opziuns d'agir per in lieu substitutiv dal UCB e lur effects per il portfolio d'immobiglias sco conseguenza da la retratga anticipada da l'edifizi chantunal tras ina Dretgira superiura. Il Cussegl grond po pia tractar gia en la sessiun d'october 2021 – ultra d'auters temas – er las dumondas da las sutsegnadras e dals sutsegnaders en enconuschientscha dal stadi actual da la strategia chantunala d'immobiglias ed eventualmain prender posiziun en in'atgna decleraziun.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da midar questa incumbensa areguard ils puncts 1 fin 4 sco suonda: La Regenza vegn incumbensada da dar en il rapport davart las immobiglias annunzià ina survista davart las intenziuns oriundas e davart las midadas effectivas dal portfolio d'immobiglias a Cuira e davart l'ulteriur svilup sco er da preschentar las opziuns d'agir ed ils effects per il portfolio d'immobiglias sco conseguenza da la retratga anticipada da l'edifizi chantunal tras ina Dretgira superiura.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa Koch concernent la strategia d'immobiglias dal chantun Grischun

En la communicaziun a las medias dals 8 da mars 2021 ha la Regenza infurmà ch'ella haja prendì il conclus da sistir per entant la concurrenza d'investiders currenta che concerna l'areal "Loëstrasse" sco er il process da vendita per la Villa Brügger che sa chatta sper l'edifizi chantunal. La Regenza vegnia a decider davart l'ulteriur proceder areguard questa immobiglia, cur che las decisiuns politicas correspundentas sajan avant maun. Questa decisiun prendida a curta vista ha grondas consequenzas. Per l'ina vegn franada ina concurrenza da projects terminada, per l'autra na vegn betg realisada la voluntad dal parlament e dal pievel da l'onn 2012. Ch'ina concurrenza d'investiders vegn franada a curta vista, suenter che las interprendidras ed ils interprendiders, ma er il chantun sez han gì custs considerabels, chaschuna bleras dumondas avertas. Dentant er dal fatg ch'i vegn sa distatgà da la missiva da la votaziun davart «sinergia 1» sco er da la missiva carnet nr. 5 2011-2012 – davart il medem project – resultan bleras dumondas avertas ed ina gronda malsegirezza giuridica. Tras il retgav calculà tenor la missiva per mauns dal Cussegl grond importan las investiziuns nettas en «sinergia 1» 49 milliuns francs. Tras las decisiuns che la Regenza ha prendì ussa, vegnissan questas investiziuns nettas augmentadas per ca. 14,8 milliuns francs. Ma er empermischuns envers la citad da Cuira (guardar missiva pagina 4 – «Cunquai che questas localitads d'abitar e da biro vegnan duvradas meglier, vegn la valur dal center da la citad da Cuira augmentada considerablamain») na vegnan betg tegnidas.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders èn conscients dal fatg ch'er strategias dastgan vegnir reponderadas ed adattadas. Sin fundament da la situaziun da partenza actuala poi p.ex. esser fitg raschunaivel da mantegnair la Villa Brügger en proprietad dal chantun. In stop andetg, sco ch'el è vegnì fatg en quest cas, è dispitaivel, eventualmain schizunt giuridicamain problematic.

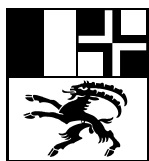
Sin basa da questa situaziun da partenza èsi en mintga cas necessari, ch'il rapport davart las immobiglias che la Regenza ha empermess, cumparia svelt e vegnia discutà en il parlament il pli tard l'october 2021 sco annunzià. Il rapport duai perquai vegnir preschentà sco rapport cun sboz concret dal conclus per ch'il parlament possia far la tractativa detagliada necessaria.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan perquai la Regenza:

1. Da preschentar il rapport davart las immobiglias dal chantun Grischun sco rapport cun sboz concret dal conclus.
2. Da mussar correspudentamain en il rapport davart las immobiglias variantas, co che las decisiuns correspundentas dal Cussegl grond sco er dal pievel da l'onn 2012 pon vegnir observadas.
3. Da mussar ina varianta, co che la Villa Brügger resta en proprietad dal chantun e co che las ulteriuras immobiglias vegnan tuttina appurtadas al martgà tenor la missiva carnet nr. 5 2011-2012.
4. Da mussar tge consequenzas ch'ina eventuala adattaziun da las decisiuns da l'onn 2012 ha e tge consequenzas finanzialas che resultan en quest connex.

Tavau, ils 21 d'avrigl 2021

Koch, Hohl, Giacomelli, Aebli, Berweger, Brandenburger, Casty, Censi, Della Cà, Dürler, Ellemunter, Engler, Favre Accola, Felix, Gort, Grass, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Hug, Kunz (Cuira), Kunz (Fläsch), Loi, Michael (Donat), Mittner, Natter, Rüegg, Salis, Schutz, Stiffler, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Weber, Weidmann, Wellig, Adank-Arioli, Heini, Renkel



Seduta del
22 giugno 2021

Comunicata il
25 giugno 2021

Protocollo n.
564/2021

Incarico Koch

concernente la strategia immobiliare del Cantone dei Grigioni

Risposta del Governo

In occasione della sessione di ottobre 2020, durante l'ora delle domande il Governo ha informato il Gran Consiglio in merito agli ulteriori passi previsti a Coira dopo l'occupazione degli spazi di "sinergia 1" (domande Holzinger-Loretz concernenti la strategia immobiliare del Cantone dei Grigioni, PGC 2/2020/2021, pag. 435). In tale contesto ha dichiarato al Parlamento di voler portare avanti la strategia immobiliare cantonale sottoposta a quest'ultimo già in messaggi precedenti secondo programma fino alla sua attuazione completa (cfr. quaderno n. 6/2009-2010 e quaderno n. 5/2011-2012) e di voler realizzare la seconda tappa di "sinergia". Lo stato della strategia immobiliare e l'ulteriore procedura sarebbero stati presentati al Gran Consiglio l'anno successivo sotto forma di rapporto.

Nell'ora delle domande della sessione di dicembre 2020, in risposta alla domanda Michael concernente la ripercussione della strategia immobiliare sulla riforma della giustizia (PGC 3/2020/2021, pag. 681), il Governo ha spiegato che, una volta approvata e conclusa la seconda tappa di "sinergia", nonché dopo una ristrutturazione di circa due anni dell'ormai libero Staatsgebäude, a partire dal 2030 il nuovo palazzo di giustizia sarà a disposizione del Tribunale d'appello, se il progetto progredirà in modo ottimale. Qualora ci si scostasse da questa pianificazione strategica, in considerazione dell'autonomia concessa dalla Costituzione ai tribunali cantonali, andrebbero trovate altre soluzioni.

In seguito, durante la sessione di dicembre 2020 la Commissione di giustizia e sicurezza (CGSic) ha presentato un incarico, che nel frattempo è stato accolto dal Parlamento, secondo il quale occorre assegnare la priorità all'unione dei tribunali cantonali superiori in una sede di tribunale unica e indipendentemente dalla strategia immobiliare cantonale nonché illustrare opzioni per garantire che lo Staatsgebäude sarà a disposizione nei tempi previsti (PGC 3/2020/2021, pag. 570).

Nella sua risposta il Governo ha riconosciuto il desiderio del Gran Consiglio di mettere lo Staatsgebäude in via possibilmente prioritaria a disposizione della giustizia,

prospettando al Parlamento nel rapporto immobiliare annunciato per la sessione di ottobre 2021 proposte di varianti che, in deroga alla strategia immobiliare finora perseguita, prevedono che l'Ufficio tecnico (UT) liberi anticipatamente i locali. Tuttavia a seguito di diverse dipendenze, anche in questo caso un'occupazione degli spazi dello Staatsgebäude da parte di un Tribunale d'appello sarebbe possibile al più presto a partire dalla metà del 2025.

Quale conseguenza di questa decisione politica, per preservare tutte le opzioni operative del Cantone, il Governo ha arrestato il processo di vendita per Villa Brügger situata direttamente accanto allo Staatsgebäude e ha provvisoriamente sospeso il concorso per investitori concernente l'area Loë di proprietà del Cantone, la quale attualmente può ancora essere utilizzata dall'Amministrazione cantonale.

In merito alle domande 1, 2, 3 e 4: con decreto del 14 gennaio 2020 (prot.

n. 17/2020) il Governo ha incaricato l'Ufficio edile di elaborare un messaggio sullo stato attuale e sulle prospettive in relazione all'ulteriore attuazione della strategia immobiliare del Cantone. Il rapporto, che a seguito delle direttive risultanti dalla legge sul Gran Consiglio è stato sottoposto al Parlamento per conoscenza, fornirà a quest'ultimo tra l'altro una panoramica degli intenti originari e dei cambiamenti effettivi del portafoglio immobiliare a Coira nonché dell'evoluzione del valore di quest'ultimo. In esso verranno inoltre illustrate opzioni operative per una sede sostitutiva dell'UT e le relative ripercussioni sul portafoglio immobiliare quale conseguenza dell'occupazione anticipata degli spazi dello Staatsgebäude da parte di un Tribunale d'appello. Di conseguenza già nella sessione di ottobre 2021, essendo a conoscenza dello stato attuale della strategia immobiliare del Cantone, oltre ad altri temi, il Gran Consiglio potrà discutere anche le domande poste dalle firmatarie e dai firmatari e in caso di necessità prendere posizione in una propria dichiarazione.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di modificare come segue i punti da 1 a 4 del presente incarico: Il Governo viene incaricato di fornire una panoramica degli intenti originari e dei cambiamenti effettivi del portafoglio immobiliare a Coira e dell'evoluzione del valore di quest'ultimo nel rapporto immobiliare annunciato nonché di illustrare le opzioni operative e le ripercussioni sul portafoglio immobiliare a seguito dell'occupazione anticipata degli spazi dello Staatsgebäude da parte di un Tribunale d'appello.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Koch concernente la strategia immobiliare del Cantone dei Grigioni

Nel comunicato stampa dell'8 marzo 2021 il Governo ha annunciato di aver deciso di sospendere temporaneamente un concorso per investitori in corso concernente l'area della Loëstrasse nonché il processo di vendita per Villa Brügger, situata accanto allo Staatsgebäude. Il Governo deciderà in merito all'ulteriore procedura riguardo a questi immobili una volta prese le corrispondenti decisioni politiche. Questa decisione presa con poco preavviso ha importanti conseguenze. Da un lato viene sospeso un concorso di progetto concluso, dall'altro non viene dato seguito alla volontà del Parlamento e del Popolo espressa nel 2012. Dopo che sono risultate necessarie spese importanti non solo da parte degli imprenditori, ma anche da parte del Cantone stesso, la sospensione a breve termine di un concorso per investitori suscita molte domande. Ma anche lo scostamento dalle dichiarazioni fatte nelle spiegazioni relative alla votazione su "sinergia 1" e nel messaggio quaderno n. 5 2011-2012, dedicato allo stesso oggetto, lascia aperte molte domande e genera una grande incertezza giuridica. Grazie al ricavo calcolato secondo il messaggio destinato al Gran Consiglio, gli investimenti netti per "sinergia 1" ammontano a 49 milioni di franchi. A seguito di questa decisione ora presa dal Governo gli investimenti netti verrebbero aumentati di ca. 14,8 milioni di franchi. Ma non verranno nemmeno mantenute le promesse fatte alla Città di Coira (vedi messaggio pagina 4 - "La migliore utilizzazione di questi spazi abitativi e commerciali valorizzerà il centro della Città di Coira").

Le firmatarie e i firmatari sono consapevoli del fatto che anche le strategie già decise possono essere riviste e adeguate. A seguito della situazione attuale può ad es. essere sensato mantenere Villa Brügger in proprietà del Cantone. Una sospensione completa come attuata in questo caso risulta discutibile, eventualmente addirittura problematica sotto il profilo giuridico.

A seguito di questa situazione di partenza è assolutamente necessario che il rapporto immobiliare promesso dal Governo venga presentato prossimamente e che esso venga discusso in Parlamento al più tardi nell'ottobre 2021, come preannunciato. Il rapporto dovrà essere presentato sotto forma di "Rapporto con disegno di decreto concreto" affinché il Parlamento possa procedere alla necessaria deliberazione di dettaglio.

Pertanto, le firmatarie e i firmatari invitano il Governo a:

1. presentare il rapporto immobiliare del Cantone dei Grigioni sotto forma di rapporto con disegno di decreto concreto;
2. illustrare delle varianti nel rapporto immobiliare relative a come possono essere rispettate le relative decisioni del Gran Consiglio e del Popolo prese nel 2012;
3. presentare una variante secondo la quale "Villa Brügger" rimane in proprietà del Cantone, pur mettendo sul mercato gli altri immobili elencati nel messaggio quaderno n. 5 2011-2012;
4. illustrare le conseguenze di un eventuale adeguamento delle decisioni prese nel 2012 e le conseguenze finanziarie di un tale adeguamento.

Davos, 21 aprile 2021

Koch, Hohl, Giacomelli, Aebli, Berweger, Brandenburger, Casty, Censi, Della Cà, Dürler, Ellemunter, Engler, Favre Accola, Felix, Gort, Grass, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Hug, Kunz (Coira), Kunz (Fläsch), Loi, Michael (Donat), Mittner, Natter, Rüegg, Salis, Schutz, Stiffler, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Weber, Weidmann, Wellig, Adank-Arioli, Heini, Renkel